

04.03.99

Unterrichtung

**durch das
Europäische Parlament**

Entschließung zur Schaffung von Arbeitsplätzen mit Zukunftsaussicht

Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments - 106344 - vom 2. März 1999. Das Europäische Parlament hat die Entschließung in der Sitzung am 9. Februar 1999 angenommen.

Stellungnahme des Bundesrates: Drs. 872/98 (Beschluß)

Entschließung zur Schaffung von Arbeitsplätzen mit Zukunftsaussicht

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der jährlichen Kommissionsberichte zur Beschäftigung, insbesondere der Mitteilung: Vorschläge für Leitlinien für die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten 1999 (KOM(98)0574 - C4-0587/98) und des Berichts über die Entwicklung der Beschäftigungsquoten 1998-Beschäftigungsleistung in den Mitgliedstaaten (KOM(98)0572 - C4-0588/98),
 - in Kenntnis der Ergebnisse des Europäischen Rats von Essen (9./10. Dezember 1994) und von Madrid (15./16. Dezember 1995),
 - in Kenntnis des Berichts der Kommission über die demographische Lage 1997 KOM(97)0361,
 - in Kenntnis des Titels über die Beschäftigung im Vertrag von Amsterdam,
 - in Kenntnis der Bewertung der Nationalen Aktionspläne für Beschäftigung durch die Kommission vom 12. Mai 1998,
 - gestützt auf Artikel 148 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten sowie der Stellungnahme des Ausschusses für die Rechte der Frau (A4-0475/98),
- A. angesichts der extrem hohen Arbeitslosigkeit von 10 Prozent, die die Gesellschaft in der Europäischen Union in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft - solche, die Arbeit haben, und solche, die arbeitslos sind - zu teilen droht; und mit der Befürchtung, daß mehr und mehr Menschen am Rande des Existenzminimums zu leben genötigt sind, nicht zuletzt aufgrund nichtexistenzsichernder Lohneinkommen,
- B. in der Erwägung, daß hauptsächlich Jugendliche unter 25 Jahren, mit knapp 22 Prozent im EU-Durchschnitt, von der Arbeitslosigkeit betroffen sind und daß ebenso Frauen zu den besonders benachteiligten Gruppen auf dem Stellenmarkt gehören,
- C. in der Erwägung, daß die rasante technologische Entwicklung mit immer kürzeren Produktzyklen einhergeht und damit das erworbene Know-how nach immer kleineren Zeitabständen veraltet,
- D. ferner in der Erwägung, daß sich unsere Gesellschaft im Umbruch von der Industrie- zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft befindet, in der andere als die bisher gekannten Tätigkeitsausübungen nachgefragt werden und in der es kaum noch den „Job fürs Leben“ geben wird,
- E. in der Erwägung, daß das größte Potential für die Schaffung von Arbeitsplätzen bei den KMU liegt,
- F. in Anbetracht der Tatsache, daß sich aufgrund der wirtschaftlichen Globalisierung kein Unternehmen, auch nicht die KMU, dem internationalen Konkurrenzkampf entziehen kann und daher

geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, ohne allerdings in eine interventionistische Ordnungspolitik zu verfallen,

1. begrüßt die auf dem Gipfel von Amsterdam (16./17. Juni 1997) beschlossene Aufnahme des Beschäftigungstitels in den Gemeinschaftsvertrag sowie die von der Kommission vorgelegten Leitlinien für die Beschäftigungspolitik (1. Oktober 1997);
2. fordert von den Mitgliedstaaten die strikte Umsetzung der auf dem Luxemburger Beschäftigungsgipfel (20./21. November 1997) festgelegten Leitlinien zur Beschäftigungsförderung;
3. verweist auf die von der Kommission festgestellten Defizite bei der Umsetzung der Leitlinien für Beschäftigung 1998;
4. stellt fest, daß es trotz Artikel 119 des Vertrags und der Gemeinschaftsrichtlinien über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in bezug auf Entlohnung, prekäre Arbeitsplätze, soziale Sicherheit und Altersversorgung nach wie vor sowohl eine direkte als auch eine indirekte Ungleichbehandlung der Frauen gibt;
5. weist auf die heute schon erkennbaren neuen technologischen Möglichkeiten einer weltweiten Vernetzung hin, die zu einschneidenden und erst in Ansätzen absehbaren Umstrukturierungen in Wirtschaft und Gesellschaft führen werden;
6. weist darauf hin, daß auf die Kundennachfrage nach den weltweit verfügbaren besten Produkten die auf dem Weltmarkt agierenden Unternehmen mit dem Einkauf, der Produktion und der Verteilung ihrer Produkte auf globalem Niveau, mit der Verstärkung ihrer Direktinvestitionen im Ausland sowie mit der Entwicklung zu global vernetzten Einheiten mit verteilten Verantwortungen reagieren werden;
7. weist darauf hin, daß der strukturelle Wandel nicht nur Unternehmen, Technologien, Arbeitsplätze und Strukturen ändert, sondern auch die Lebenssituation der Menschen; fordert daher, daß die Gesellschaft ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger auf diesen Wandel vorbereitet und allen Bevölkerungsgruppierungen, auch den älteren Menschen, die Möglichkeit eröffnet, an diesem Wandel teilzuhaben, um ihnen dadurch die Furcht vor neuen Formen der Technologie, der Elektronik und der Bildung zu nehmen;
8. sieht die Chancen für die Gemeinschaft im internationalen Wettbewerb vor allem darin, daß sie Produkte und Dienstleistungen anbietet, die im Hinblick auf ihren Innovationsvorsprung und technologischen Standard erstklassig sind; erwartet daher, daß Forschung sowie die Herstellung und Anwendung moderner umweltfreundlicher Technologien sowie die optimale Zusammenarbeit zwischen Forschung und Wirtschaft besonders gefördert werden;
9. befürchtet, daß die durch den technologischen Wandel hervorgerufenen Produktivitätsschübe in einzelnen Sektoren Arbeitsplätze überflüssig machen könnten; dagegen dürften in anderen Sektoren bei richtiger Nutzung die damit verbundenen Chancen zu mehr neuen Arbeitsplätzen führen;
10. betont die notwendige Reform der Bildungs- und Ausbildungslehrgänge, insbesondere auch der Weiterbildungskurse, die auf die Erfordernisse der Informations- und Dienstleistungsgesellschaft ausgerichtet werden müssen;
11. fordert insbesondere, Hochschulabschlüsse transparent zu machen, dergestalt, daß Personalentscheider in den verschiedenen Mitgliedstaaten erkennen können, welche Qualifikationen der Inhaber eines bestimmten Diploms mitbringt;

12. betont die Notwendigkeit der Vergleichbarkeit von Abschlüssen, um die berufliche Mobilität in Europa zu fördern;
13. fordert eine ständige Überprüfung der Lehr- und Lerninhalte der beruflichen Bildung und ihre Anpassung an den technischen und organisatorischen Wandel in der Arbeitswelt;
14. betont, daß die permanente Weiterentwicklung der Berufsbilder und der individuelle Wille zur Anpassung an immer neue Qualifikationsanforderungen grundlegend für die Beschäftigung in der Zukunft sind;
15. fordert die Kommission auf, die neuen Artikel des Vertrags von Amsterdam voll zu nutzen und spezifische Maßnahmen zur Schaffung wirklich gleicher Chancen für Frauen zur Erlangung von Arbeitsplätzen der Zukunft zu erlassen, die sich zugleich positiv auf die derzeitige Aufteilung des Arbeitsmarktes auswirken;
16. vertritt die Ansicht, daß eine erhebliche Anzahl neuer Stellen durch eine grundlegende Umgestaltung der Organisation und des rechtlichen Rahmens für den derzeitigen Arbeitsmarkt, durch Einführung einer weitreichenden Arbeitszeitverkürzung, die jedem einzelnen Arbeitnehmer das Recht auf Teilzeitarbeit gewährt, durch Gewährung eines angemessenen sozialen Schutzes einschließlich angemessener Versorgungsansprüche für die Teilzeitarbeitnehmer sowie durch Einführung ausreichender Kinderbetreuungseinrichtungen geschaffen werden könnte;
17. empfiehlt deshalb der Kommission, bei Wahrung des Subsidiaritätsprinzips Vorschläge zu erarbeiten, wie den Mitgliedstaaten bei der Systematisierung von konkreten neuen Ausbildungsgängen und bei der Realisierung neuer "Zukunftsberufsfelder" (Informations- und Kommunikationstechnik, Pflegedienste, Tourismus) geholfen werden kann;
18. würde es begrüßen, Maßnahmen einzuleiten, die der positiven Einstellung in der Bevölkerung hinsichtlich der Erbringung von Dienstleistungen hilfreich sind;
19. ist der Meinung, daß innerhalb des Dienstleistungssektors der Tourismus besondere Aufmerksamkeit finden sollte, da er ein enormes Beschäftigungspotential birgt und dabei auch die Minderqualifizierten einschließt;
20. weist auf zunehmende Synergieeffekte hin zwischen der Entwicklung des Tourismus und kultureller Aktivitäten sowie auf die positive Bedeutung des sanften kulturellen Tourismus in einer Gesellschaft, die grundsätzlich immer sensibler auf Umweltveränderungen reagiert;
21. fordert deshalb die Umsetzung des auf europäischer Ebene gescheiterten Philoxenia-Programmes in den Mitgliedstaaten, das Tourismus, Umwelt und Kultur als Einheit erkennt;
22. fordert die Mitgliedstaaten auf, bei der Umschichtung von passiven auf aktive Beschäftigungsmaßnahmen den sogenannten 3. Sektor besonders zu berücksichtigen, und erwartet, daß für nicht ausreichend in Anspruch genommene Haushaltslinien die verbliebenen Finanzmittel zur Schaffung von Arbeitsplätzen in diesem Sektor bereitgestellt werden;
23. wiederholt seine dringende Forderung nach steuerlicher Entlastung des Faktors Arbeit;
24. erwartet von der Kommission, daß sie ihre Beschäftigungsstrategien so konzipiert, daß bewährte Beschäftigungspolitik in den erfolgreichen Ländern als Orientierungsstrategien weitergegeben werden kann;
25. erwartet eine verstärkte Nachfrage nach Mitarbeitern in Unternehmen, für die das lebenslange Lernen selbstverständlicher Teil der Entwicklung der Persönlichkeit ist, und fordert daher, daß

die Gesellschaft verstärkt Ressourcen für eine permanente Qualifizierung der Beschäftigten und Arbeitsuchenden bereitstellt;

26. ist der Auffassung, daß die Arbeitgeber große Verantwortung für die ständige Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer tragen;
27. ist der Auffassung, daß es ein Recht auf Ausbildung geben muß, da Ausbildung die Grundvoraussetzung für die persönliche Existenzsicherung und die Chance auf Selbstverwirklichung darstellt;
28. fordert die Mitgliedstaaten und insbesondere die Sozialpartner auf, ihr Ausbildungssystem weiterzuentwickeln, um dem technologischen Wandel zu entsprechen und die Möglichkeit für eine qualifizierte Weiterbildung zu eröffnen;
29. erwartet von den Mitgliedstaaten und Arbeitgebern, daß sie ihre Ausbildungsbemühungen untereinander angleichen und die Mittelaufwendungen dafür erhöhen;
30. spricht sich darüber hinaus dafür aus, in Anbetracht der kürzer werdenden Halbwertszeit von erworbenem Wissen einen Anspruch auf Jahresbildungsurlaub gesetzlich zu verankern, so daß das unbedingt erforderliche „lebenslange Lernen“ in die Realität umsetzbar gemacht und somit die Chance auf eine lebenslange Beschäftigung erhöht wird;
31. fordert die Kommission auf, Programme zur beruflichen Umschulung sowie Sonderprogramme zur Berufsberatung und zur Eingliederung von Frauen in den Arbeitsmarkt in Bereichen mit guten Berufsaussichten auszuarbeiten;
32. fordert die Kommission auf, ein frauenspezifisches gemeinschaftliches Ausbildungsprogramm für neue Technologien zu begründen, das auch ein erweitertes Spektrum der in Frage kommenden Berufe sowie die Förderung gemischter Beschäftigungsformen, die Beseitigung der Blockade beim Zugang zu einzelnen Berufszweigen und die Abstellung aller Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts anstrebt;
33. fordert, daß die Gesetze und die Tarifverträge, die die Arbeitsbedingungen und die Bedingungen der sozialen Sicherheit für die derzeitigen und die künftigen Arbeitsplätze regeln, das Prinzip der Gleichbehandlung und der Chancengleichheit für Frauen und Männer voll berücksichtigen;
34. empfiehlt nachdrücklich, den High-Tech-Sektor zu fördern, da die „TIME“-Industrien (Telekommunikation, Informationstechnologie, Medien, Elektronik) samt dem ständig wachsenden Zweig der Umwelttechnologie der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen sind;
35. erwartet, daß die großen Investitionsprojekte im Rahmen der transeuropäischen Netze für Transport, Energie und Telekommunikation schnellstens durchgeführt werden, um dem technologischen Wandel und seinen Herausforderungen entsprechen zu können;
36. warnt vor einer Spaltung der Gesellschaft und der Welt in Mensch und Regionen, die am Fortschritt partizipieren, und solchen, denen die Zugänge versperrt sind;
37. erwartet daher, daß alle Regionen mit einer leistungsfähigen und preiswerten Telekommunikations-Infrastruktur einschließlich schnellen Zugängen zu den globalen Märkten ausgestattet werden, damit nicht Regionen und deren Bewohner vom Arbeitsmarkt der Zukunft abgeschnitten werden;
38. fordert den Gemeinschaftsgesetzgeber auf, Rahmenbedingungen für Forschung und Produktion in dem - ethisch sensiblen - Bereich der Biotechnologie zu schaffen, da hier ein großer Zukunftsmarkt für Wachstum und Beschäftigung besteht;

147/93

39. betont, daß es den Zukunftsjob schlechthin nicht gibt, sondern daß es vielmehr Sparten mit Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum gibt, weshalb neben der fachlichen Qualifikation interdisziplinäre Kenntnisse und Schlüsselqualifikationen erworben werden müssen, wozu auch die Disziplinen Kommunikationsfähigkeit, Konfliktlösungsfähigkeit, Teamfähigkeit, Fremdsprachenkenntnisse und Einfühlungsvermögen in fremde Kulturkreise gehören; erwartet daher, daß die Ausbildungssysteme diese Kenntnisse vermitteln;
40. weist auf die große Bedeutung der KMU hin, die auch in Zukunft der stärkste Beschäftigungsmotor bleiben werden; fordert daher gleiche Wettbewerbschancen und -bedingungen, wie sie Großunternehmen haben, besonders im Hinblick auf den Wissenschaftstransfer von Hochschulen zu KMU;
41. empfiehlt, die Belastungen der KMU durch Verpflichtung zur Durchführung administrativer und steuerlicher Formalitäten zu verringern;
42. empfiehlt der Kommission, dezidierte Maßnahmen zu treffen, um Frauen die Existenzgründung zu erleichtern, damit Frauen verstärkt beschäftigungsfördernd wirken können;
43. spricht sich dafür aus, Frauen durch spezifische Trainingskurse für Führungsfunktionen zu fördern, um auch in Großunternehmen mehr Frauen in Chefpositionen auf allen Ebenen und im Top-Management zum Zuge kommen zu lassen, da im harten internationalen Wettbewerb nicht nur aus Gründen der Chancengleichheit, sondern auch aus ökonomisch-rationalen Gründen das gesamte Spektrum der Begabten in der Gesellschaft nutzbar gemacht werden sollte;
44. spricht sich dafür aus, Männer durch spezifische Trainingskurse in bezug auf soziale Qualifikationen zu fördern, um sie auf moderne Managementmethoden vorzubereiten;
45. ist der Meinung, daß Frauen die gleiche Chance wie Männer auf einen ihrem Bildungsniveau entsprechenden Arbeitsplatz haben sollten; fordert daher, da wegen der Kindererziehung meist die Frauen beruflich zurückstecken, daß ein Wiedereinstieg in den Beruf und die Einrichtung von Kindertagesstätten erleichtert werden; erwartet Initiativen der Mitgliedstaaten, um Väter stärker als bisher in die Kindererziehung einzubinden;
46. fordert dazu auf, Konzepte zu erarbeiten, welche die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft EU-weit stärken;
47. spricht sich dafür aus, Forschungs- und Lehrbefähigungen so zu gestalten, daß sie Flexibilität, Kreativität, Mehrsprachigkeit, soziale Kompetenz und Management-Know-how garantieren;
48. spricht sich für eine konsequente Förderung des Multi-Media-Bereiches aus, der Arbeitsplätze in Anpassung an die modernen Arbeitsstrukturen schafft;
49. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission, dem Wirtschafts- und Sozialausschuß, dem Ausschuß der Regionen sowie den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten zu übermitteln.